

Studien zum vergleichenden Öffentlichen Recht / Studies in Comparative Public Law

Titelverzeichnis



Duncker & Humblot · Berlin

Über die Schriftenreihe

Auch wenn die Rechtsvergleichung traditionell eher im Privatrecht beheimatet ist, so lässt sich beobachten, dass auch im Öffentlichen Recht zunehmend rechtsvergleichend gearbeitet wird – nicht zuletzt bedingt durch die europäische Integration. Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, wurde die Schriftenreihe »Studien zum vergleichenden Öffentlichen Recht / Studies in Comparative Public Law« 2017 ins Leben gerufen. Sie bietet rechtsvergleichenden Arbeiten aus allen Bereichen des Öffentlichen Rechts ein Forum und steht Dissertationen, Monographien sowie Tagungsbänden offen.

Stand: Januar 2022

Verlag Duncker & Humblot GmbH

Carl-Heinrich-Becker-Weg 9 · D-12165 Berlin

Tel. +49 (0)30 79 00 06-0 · Fax +49 (0)30 79 00 06-31

E-Mail: verlag@duncker-humblot.de · info@duncker-humblot.de

Werbung: Tel. +49 (0)30 79 00 06-32

E-Mail: werbung@duncker-humblot.de

Auslieferung: Tel. +49 (0)30 79 00 06-13

E-Mail: verkauf@duncker-humblot.de

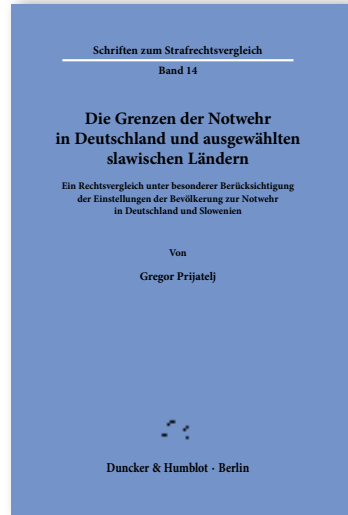
Internet: www.duncker-humblot.de

Gregor Prijatelj

Die Grenzen der Notwehr in Deutschland und ausgewählten slawischen Ländern

Ein Rechtsvergleich unter besonderer Berücksichtigung der Einstellungen der Bevölkerung zur Notwehr in Deutschland und Slowenien

Band 14, Tab.; 312 Seiten, 2022
ISBN 978-3-428-18376-0, € 89,90



Über das Buch

Die Arbeit beschäftigt sich mit den Grenzen der Notwehr aus rechtsvergleichender Perspektive und nimmt die Rechtslage in Deutschland und ausgewählten slawischen Ländern (Slowenien, Kroatien, Serbien, Bosnien und Herzegowina, Polen und Russland) in den Blick. Darüber hinaus werden die Einstellungen der slowenischen Bevölkerungen zur Notwehr empirisch erforscht und den Einstellungen der Deutschen aus der Dresdner Notwehrstudie gegenübergestellt.

Die Untersuchung zeigt, dass das deutsche Notwehrrecht im Ergebnis – vor allem im Hinblick auf die Sachnotwehr – in der Tat weitgehender im Vergleich zu anderen untersuchten Ländern ist. Die empirische Untersuchung ergibt unter anderem, dass die Bevölkerungseinstellungen zur Notwehr zweier kulturell naher europäischer Bevölkerungen ähnlich sind, obwohl sich die Rechtslage unterscheidet. Der Autor bietet zum Schluss eine entsprechende Notwehrregelung für Deutschland an, die sich

nach seiner Auffassung auch für das europäische Strafmodellgesetzbuch eignen würde.

In Vorbereitung:

Alexander Johann Mayr: Die Strafbarkeit juristischer Personen als Strafe für fremde Schuld. Die Würdekonzption des Grundgesetzes und der Europäischen Grundrechtecharta im Vergleich. Band 15
ISBN 978-3-428-18454-5



Benjamin Pernak

Richter als »Religionswächter«? Zur gerichtlichen Überprüfbarkeit eines Glaubenswechsels

Asylverfahren von Konvertiten in Deutschland
und Großbritannien im Vergleich

Band 5, 181 Seiten, 2018

ISBN 978-3-428-15547-7, € 69,90

Über das Buch

Das Völkerrecht kennt keinen Anspruch auf Asyl. Auch die Religionsfreiheit im umfassenden Sinne, unter Einschluss ihrer negativen Ausprägung und des Rechts auf freien Religionswechsel, ist bislang kein universell anerkanntes Menschenrecht. Das weitgehend harmonisierte europäische Flüchtlingsrecht wurde seitens der deutschen Rechtsprechung nur zögerlich umgesetzt. Dem Europäischen Gerichtshof folgend steht nun auch für das Bundesverwaltungsgericht die religiöse Identität des Betroffenen im Mittelpunkt. Das religiös bedingte, verfolgungsauslösende Verhalten muss für den Einzelnen – nach seinem Glaubensverständnis – identitätsprägend sein. Der mitgliedschaftsrechtlichen Entscheidung einer Religionsgesellschaft kommt allenfalls indizielle Bedeutung zu. Der Autor leitet aus Grundsatzentscheidungen des britischen *Supreme Court* zur Verfolgung wegen der sexuellen Orientierung und der politischen Meinung ab, dass die Inanspruchnahme der negativen Religionsfreiheit – die Konfessionsfreiheit als

»westlich geprägter Lebensstil« – gleichermaßen identitätsprägend und in Herkunftsländern mit strikter Staatsreligion ebenso verfolgungsträchtig wie ein Religionswechsel sein kann.

Aus dem Inhalt

A. Einführung

B. Völker- und europarechtliche Parameter

C. **Asylgewährung für Konvertiten in Deutschland:** Konvertiten als »politisch Verfolgte« und anerkannte Flüchtlinge — Aufklärung und Würdigung des Sachverhalts — grundsätzliche Probleme — Die rechtliche Prüfung der Asylgesuche von Konvertiten im Detail — Auswirkungen des Art. 4 GG sowie des Art. 140 GG i.V.m. Art. 136 ff. WRV

D. **Asylgewährung für Konvertiten in Großbritannien:** Die Entwicklung der Rechtsprechung bis zur Entscheidung *HJ (Iran)* des *Supreme Court* im Jahr 2010 — Entwicklung der Rechtsprechung seit *HJ (Iran)*

E. **Vergleichende Auswertung, Ergebnis der Untersuchung**

Theresa Lauterbach
**Unternehmen zwischen Staat
und Gesellschaft**

Ein Rechtsvergleich zwischen Deutschland
und Russland am Beispiel der Eisenbahnen

Band 4, 482 Seiten, 2018
ISBN 978-3-428-15413-5, € 109,90



Über das Buch

Das Völkerrecht kennt keinen Anspruch auf Asyl. Auch die Religionsfreiheit im umfassenden Sinne, unter Einschluss ihrer negativen Ausprägung und des Rechts auf freien Religionswechsel, ist bislang kein universell anerkanntes Menschenrecht. Das weitgehend harmonisierte europäische Flüchtlingsrecht wurde seitens der deutschen Rechtsprechung nur zögerlich umgesetzt. Dem Europäischen Gerichtshof folgend steht nun auch für das Bundesverwaltungsgericht die religiöse Identität des Betroffenen im Mittelpunkt. Das religiös bedingte, verfolgungsauslösende Verhalten muss für den Einzelnen – nach seinem Glaubensverständnis – identitätsprägend sein. Der mitgliedschaftsrechtlichen Entscheidung einer Religionsgesellschaft kommt allenfalls indizielle Bedeutung zu. Der Autor leitet aus Grundsatzentscheidungen des britischen *Supreme Court* zur Verfolgung wegen der sexuellen Orientierung und der politischen Meinung ab, dass die Inanspruchnahme der negativen Religionsfreiheit – die Kon-

fessionsfreiheit als »westlich geprägter Lebensstil« – gleichermaßen identitätsprägend und in Herkunftsländern mit strikter Staatsreligion ebenso verfolgungsträchtig wie ein Religionswechsel sein kann.

Aus dem Inhalt

1. Teil: Die Entwicklung des Kriteriums der demokratischen Legitimation für die Einordnung eines Unternehmens in die staatliche oder gesellschaftliche Sphäre
2. Teil: Die Anwendung des Kriteriums der demokratischen Legitimation auf die Beispielsunternehmen »DB AG« und »RZD OAGRF« zur Einordnung in die staatliche bzw. gesellschaftliche Sphäre

Eleftherios Dikaios

**Überindividueller Umweltrechtsschutz am
Beispiel der altruistischen Verbandsklage in
der deutschen, griechischen und
europäischen Rechtsordnung**

2 Teilbände

Band 3

1. Teilband: Tab., IXXXV, 688 Seiten,

2. Teilband: IIXVIII, S. 689–1292 (604 S.), 2018

ISBN 978-3-428-15250-6, € 159,9

Welche sind die rechtlichen Grenzen des individuellen und überindividuellen Umweltschutzes? Dieses Werk beschäftigt sich im rechtsvergleichenden Zugriff innovativ mit dieser spannenden und vieldiskutierten Frage. Durch den gewählten Ansatz wird einerseits die Rechtsentwicklung des überindividuellen Umweltschutzes am Beispiel der altruistischen Verbandsklage in der deutschen, griechischen und unionalen Rechtsordnung umfassend nachgezeichnet und analysiert. Andererseits werden weiterführende Reformvorschläge zu den genannten Rechtsordnungen vorgestellt.

Alexander von Bernstorff

**Die Gerichtsverwaltung in Deutschland und
England**

Band 2, 369 Seiten, 2018

ISBN 978-3-428-15331-2, € 99,90

Angesichts eines zunehmenden Ökonomisierungsdrucks an den Gerichten stellt sich heute mehr denn je die Frage, ob an der traditionellen Dominanz der Exekutive in der Gerichtsverwaltung festgehalten werden sollte. Zur Beantwortung dieser Frage blickt die Arbeit nach England, illustriert die dortigen Entwicklungen auf dem Gebiet der Gerichtsverwaltung und untersucht, inwieweit die englische Gerichtsverwaltung als Vorbild für die deutsche dienen kann.

Ji Hee Kim

Umweltprüfungen als Vorsorgeinstrument

Deutsch-koreanischer Rechtsvergleich

Band 1, 412 Seiten, 2017

ISBN 978-3-428-15205-6, € 99,90

Umweltprüfungen sind ein umweltbezogenes verfahrensrechtliches Instrument, das der Verwirklichung des Vorsorgeprinzips dient. Umweltprüfungen im deutschen und koreanischen Recht weisen unterschiedliche Stärken und Schwächen auf. In der vorliegenden Arbeit wurden mit Hilfe der rechtsvergleichenden Analyse rechtspolitische Reformüberlegungen für die Novellierung des deutschen und des koreanischen UVPG formuliert.

**Haben Sie Interesse an
einer Veröffentlichung?
Sprechen Sie uns gern an:**

Dr. Andreas Beck

Programmplanung
Tel. +49 (0)30 79 00 06-47
beck@duncker-humblot.de

Allgemeiner Kontakt

Tel. +49 (0)30 79 00 06-19
verlag@duncker-humblot.de

Duncker & Humblot GmbH
Diana Güssow
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin

www.duncker-humblot.de